



## Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 27.01.2022:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)  
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Sitzungen der thematischen Untergruppen der Kontaktgruppe fand am 25.1., die der Kontaktgruppe am 26.1. statt.

25.1.

### Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **In das neue Verhandlungsjahr mit alten Ausflüchten Kiews**

Es ist äußerst offensichtlich, dass sich seit dem letzten Jahr nichts geändert hat und die ukrainische Vertreter ausschließlich zu einem Zweck weiter auf jener Seite des Bildschirms sitzen: maximal die Verhandlungsprozess zu verzögern, damit die Minsker Vereinbarungen und der Maßnahmenkomplex nicht die geringste Chance auf Umsetzung haben. Heute aber haben sie den Anschein erweckt, als würden sie Fragen des besonderen Status erörtern, obwohl sie stattdessen über Parameter einer gesamtukrainischen Dezentralisierung sprachen.

Die Frage der Befestigung des besonderen Status der einzelnen Bezirke der Donezker und Lugansker Oblast in der Verfassung der Ukraine weigerte sich unserer Gegenüber kategorisch zu erörtern, sie versuchten nicht einmal, die Absicht zur Umsetzung des Maßnahmenkomplexes zu zeigen oder auf einen Kompromiss einzugehen, ohne das kein einziger Dialog möglich ist. Außerdem ist das letztjährige Versprechen Kiews, einen aktualisierten Entwurf eines Fahrplans vorzulegen auch nur ein Versprechen geblieben, dass die ukrainischen Delegierten planen, bis zur nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe zu erfüllen.

Das Fehlen von politischem Willen in Kiew ist kein Anlass zu vergessen, dass der ukrainische Staat eine Reihe von Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung der Republiken im Rahmen der Minsker Vereinbarungen hat, die es in jedem Fall umsetzen muss.

*Natalja Michajlowa, Vertreterin der DVR in der Gruppe zu politischen Fragen*

### ombudsman-dnr.ru: **Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa zu den Ergebnissen der ersten Sitzung der Minsker humanitären Gruppe im Jahr 2022**

Ich bin gezwungen zu konstatieren, dass die ukrainische Seite nach einem Monat Pause im Verhandlungsprozess keinerlei Aktivitäten unternommen hat, die den Beginn einer konstruktiven Diskussion der Mitglieder der Minsker humanitären Gruppe unterstützen könnten.

Insbesondere haben sich die Vertreter Kiews um keinen Schritt in der Frage der prozessualen „Freistellung“ der Personen, die den Republiken des Donbass im Rahmen der Austausch 2019-2020 übergeben wurden, vorwärts bewegt. Unter anderem gibt es nach wie vor keine Antwort auf die Frage, wann denn Präsident Selenskij endlich einen Erlass über die Begnadigung von 13

Bürgern aus dieser Liste unterzeichnet. Ich erinnere daran, dass die Ukraine die genannten Verpflichtungen schon seit etwa zwei Jahren nicht umsetzt und so die Erörterung einer neuen Etappe der gegenseitigen Freilassung festgehaltener Personen blockiert. So bleibt die Verhandlungsposition der Ukraine unverändert und auf eine Blockade der Arbeit der Gruppe gerichtet.

### **Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe: Die Sitzung der Arbeitsgruppe zu humanitären Fragen ist beendet**

Die ukrainische Seite hat wie beim letzten Mal statt einer konstruktiven Arbeit an der Umsetzung des humanitären Teils der Verpflichtungen, die die Konfliktseiten im Rahmen der Minsker Verhandlungen übernommen haben, versucht, eine Revision der zuvor getroffenen Entscheidungen aufzuzwingen.

In der Frage der Eröffnung neuer Passierpunkte bestand der Vertreter der Ukraine auf der Ablehnung einer gleichzeitigen Eröffnungen von zwei Passierpunkten in der LVR, was bereits am 11. März 2020 vereinbart worden war, und begründete dies damit, dass am KPP „Perwomajsk – Solotoje“ irgendwelche „Abstimmungsprobleme“ existieren. Dabei ignoriert er die Tatsache, dass die Probleme von der ukrainischen Seite geschaffen wurden: die Weigerung einer Vereinbarung technischer Parameter der Funktion der Passierpunkte und des zerstörten Mechanismus gegenseitiger Sicherheitsgarantien aufgrund der Gefangennahme unseres Beobachters im GZKK durch die ukrainischen Streitkräfte.

Im Ergebnis gelang es, die ukrainische Seite davon zu überzeugen, auf der nächsten Sitzung zu einer sachbezogenen Erörterung der technischen Parameter der Arbeit überzugehen, darunter die Bestätigung der zuvor erreichten Vereinbarungen, von denen die Ukraine in verschiedenen Zeiträumen Abstand genommen hatte.

Parallel dazu müssen Fragen der Wiederherstellung des Mechanismus gegenseitiger Garantien gelöst werden, was eine notwendige Bedingung für die Funktion der Passierpunkte ist.

Bezüglich der Umsetzung der Verpflichtungen zur prozessualen Freistellung der Personen, die bei den Austausch im Dezember 2019 und im April 2020 freigelassen wurden, brachte der Vertreter der Ukraine zusätzliche Verpflichtungen vor, die nicht in den gegenseitigen Verpflichtungen, die ihr bevollmächtigter Vertreter in der Kontaktgruppe bei der Vereinbarung der genannten Austausch unterzeichnet hatte, vereinbart wurden. So versucht die ukrainische Seite von ihren schriftlich fixierten Garantien Abstand zu nehmen.

Unsere Positionen bleiben unverändert: für ein weiteres Vorankommen sind die Konfliktseiten – die Ukraine und die LVR/DVR – verpflichtet im vollen Maße die Umsetzung der zuvor erreichten Vereinbarungen zu gewährleisten und bei der Erörterung weiterer Schritte der Regelung müssen sie vollständig im Kontext der im Rahmen der Minsker Vereinbarungen übernommenen Verpflichtungen bleiben.

So verlief die heutige Sitzung wieder mit Versuchen, das Problem zu lösen, dass sich die Ukraine zuvor getroffener Entscheidungen entzieht.

Zum Abschluss informierte die Koordinatorin der Gruppe Frau Relander kurz über die Ergebnisse ihrer Reise in der LVR und die DVR und dankte allen, die an der Organisation ihres Besuchs beteiligt waren und gesondert der LVR für die Möglichkeit, sich mit den Ergebnissen der Arbeit bekannt zu machen, die im Rahmen der Vorbereitung der technischen Gewährleistung der Suche nach Vermissten erfolgt ist.

*Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen*

### **Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe: Die Sitzung der Untergruppe zu Fragen der Ökonomie und des Wiederaufbaus ist beendet**

Traditionsgemäß wurden Fragen der Wasserversorgung der Territorien der LVR und der DVR erörtert.

Bei den Fragen der Zahlungen der Renten gab es keinen Fortschritt, dabei ist die ernsteste Frage – die Zahlung an wenig mobile Rentner – ungelöst.

Die ersten Eindrücke von der Arbeit der Expertengruppe zu Fragen der Ökologie wurden geäußert. Der Koordinator informierte über positive Ergebnisse einer Inspektion IAEA und dankte der LVR gesondert für die Organisation des Besuchs.

Bei der Erörterung der Wiederherstellung der sozialökonomischen Beziehungen nannte die Vertreter der Ukraine eine Reihe von Fragen, die in ihrem Verständnis eine vorläufige Bearbeitung zum Zweck der Herausbildung von Herangehensweisen an die Umsetzung von Punkt 8 des Maßnahmekomplexes erfordern. Die Erörterung dieses Themas hat die Ukraine mehr als ein Jahr lang verweigert. So ist es endlich gelungen, die ukrainische Seite davon zu überzeugen, von der fehlerhaften Taktik einer Verbindung der Arbeit am achten Punkt des Maßnahmekomplexes mit der Umsetzung der vorangehenden sieben zu überzeugen.

Dabei verweigerte die ukrainische Seite die Erörterung eines Entwurfs für einen Fahrplan für die Wiederherstellung der sozialökonomischen Beziehungen, indem sie zur Erörterung ausschließlich einzelne Aspekte der Wiederherstellung der sozialökonomischen Beziehungen zuließ. Wo der Unterschied ist, konnte die Vertreterin der Ukraine nicht erklären.

Die Frage der Schulden von Vodafone für den verbrauchten Strom bleibt offen, die Arbeit an einem Zahlungsmechanismus geht weiter.

*Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen*

### **dnr-sckkr.ru: Ergebnisse der Sitzung der Untergruppe zu Fragen der Sicherheit**

Zu Beginn der ersten Sitzung in diesem Jahr mussten die Verhandlungsteilnehmer der Republiken einen großen Teil darauf verwenden, die ukrainische Delegation, die versuchte, das Treffen in eine politische Talkshow mit beschuldigenden Losungen zu verwandeln, in ein Arbeitsgleis einer Sachbezogenen Erörterung der wichtigsten Fragen zurückzuholen.

„Mehr als drei Stunden der Sitzung der Gruppe wurden darauf verwendet, die politischen Spekulationen der Vertreter des offiziellen Kiew anzuhören und ihre traditionellen Manipulationen zu aktuellen Themen der geltenden Zusammensetzung des GZKK, der Arbeit des Koordinationsmechanismus als einzigen Mechanismus der Beendigung, Verhütung und Verifikation von Verletzungen der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung sowie zum Thema der Sicherheitsgarantien für Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten zu unterbinden. Die mehrfachen Versuche des Koordinators, die Teilnehmer zur einer sachbezogenen Erörterung des Entwurfs eines Zusatzes zur geltenden Redaktion der Maßnahmen aufzurufen, fand nur von Seiten der Republiken Unterstützung. Im Ergebnis blieb weniger als eine Stunde zur Bearbeitung des Entwurfs, was es nicht ermöglichte, mit seiner Abstimmung weiterzukommen.

Im Ganzen beobachten die Mitglieder der Gruppe bei dem ganzen Treffen eine klare Inkonsequenz der ukrainischen Verhandlungsteilnehmer in ihren Behauptungen und Positionen, dadurch entstand der Eindruck, dass sie noch keine feste Methodik für die Verhandlungsführung im neuen Jahr erhalten haben“, berichtete der Vertreter der DVR Alexej Nikonorow über die Sitzung.

**Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe:** Die erste Sitzung der Untergruppe zu Fragen der Sicherheit im Jahr 2022 ergab keine positiven Tendenzen im Verhandlungsprozess. Zu Beginn der Sitzung unterstrich der Koordinator der Untergruppe Herr Čevik eine Verringerung der Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung im Zeitraum seit der letzten Sitzung, was den künstlichen Charakter der Versuche, in den Medien die Situation um eine angebliche Eskalation an der Kontaktlinie zuzuspitzen. Außerdem verwies Herr Čevik auf eine erhebliche Verschlechterung der Lage der Zivilbevölkerung in der Nähe der Kontaktlinie in der Folge des Fehlens eines Mechanismus für Sicherheitsgarantien, der von der ukrainischen Seite durch den Vorfall mit der Festnahme des Beobachters im GZKK der LVR A. Kosjak am 13. Oktober 2021 zerstört wurde, außerdem rief er die Seiten auf, ein Mittel für die Wiederherstellung des verloren gegangenen Vertrauens und eines Mechanismus der direkten Zusammenarbeit, der zuvor funktionierte, zu finden.

Der Vertreter der LVR unterstrich, dass die ukrainische Seite für die Wiederherstellung des Vertrauens unverzüglich den gefangen genommenen Beobachter im GZKK zurückgeben muss. Als

Antworten konnte der Vertreter der Ukraine nur unbegründete Beschuldigungen wiederholen, die von der ukrainischen Seite zu dem Vorfall am 13. Oktober 2021 fabriziert worden waren, die zuvor bereits mehrfach von uns begründet widerlegt worden waren.

Weiter ging Herr Polischtschuk zu abseitigen Behauptungen über das ukrainische Verständnis des Wesens des GZKK in der gegenwärtigen Zusammensetzung über und versucht irgendwie die Verweigerung einer direkten Zusammenarbeit mit den Republik durch die Ukraine zu begründen. All unsere Anstrengungen, die Ukraine in ein konstruktives Gleis zurück zu bringen und zu einer Abstimmung eines detaillierten Koordinationsmechanismus und dessen vollwertige Inkraftsetzung zurückzubringen, scheiterten am hohlen Geschwätz mit dem Zweck, die Diskussion von den drängenden Problemen abzuleiten.

Im Ergebnis hat die ukrainische Seite in vier Stunden Arbeit ein weiteres mal das vollständige Fehlen von Interesse an einer realen Deeskalation an der Abgrenzungslinie und an dem Wunsch, Schlüsseldifferenzen zum Koordinationsmechanismus zu beseitigen, demonstriert. Dabei zeigte Herr Polischtschuk schon routiniert „titanische Anstrengungen“ zur Imitation eines „Bestrebens“ der Ukraine zum Frieden

*Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen*

## 26.1.

**Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR:** Bei der ersten Sitzung der Kontaktgruppe in diesem Jahr hat die ukrainische Seite es vorgezogen, statt Wege zur Senkung der Eskalation sowohl an der Kontaktlinie als auch im Medienraum sowie Varianten zur Rückkehr auf einen konstruktiven Gleis im Verhandlungsbereich zu erörtern, eine unproduktive Taktik der Verweigerung einer Annäherung der Positionen zu unterstützen.

Im Rahmen der Tagesordnung der **Sicherheit** teilte der Koordinator Herr Čevik mit, dass auf dem Treffen der Arbeitsgruppe wegen der Widersprüche in den Positionen der Seiten kein Fortschritt erreicht werden konnte. Wir erinnern daran, dass unsere Vorschläge auf realen praktischen Schritten zur Umsetzung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung gegründet sind, insbesondere den Start einer vollwertigen Arbeit des Koordinationsmechanismus. Die Vorschläge der ukrainischen Seite ihrerseits, in die derzeitige Zusammensetzung des GZKK Vertreter der OSZE-Mission sowie Deutschland und Frankreichs aufzunehmen, ist absolut nicht lebensfähig, weil es dem Koordinationsmechanismus vollständig die Operativität bei der Regelung von Fragen der Feueinstellung nicht, schon gar nicht davon zu reden, dass die Funktion und Aufgaben der neuen Vertretern vollständig unklar sind.

Nach dem Bericht der Koordinatorin Frau Bermann über den **politischen Block** waren wir gezwungen, ein weiteres Mal zu konstatieren, dass eine vollwertige Arbeit zu den politischen Fragen derzeit unmöglich ist, weil die ukrainischen Vertreter nach wie vor keine erwidernenden Reaktionen auf unseren Entwurf eines Fahrplans eingereicht haben. Aber gerade dieses Dokument könnte im Fall seiner Vereinbarung durch beide Seiten und Bestätigung auf der Ebene der Parlamente der Ukraine und der Republiken ein Instrument zu effektiven Umsetzung des Maßnahmekomplexes und anderer in Minsk erreichter Vereinbarungen werden.

Bei der Erörterung im **humanitären Bereich** haben wir einen Bericht der Koordinatorin der OSZE Frau Relander gehört, in dem sie unter anderem über die Ergebnisse ihres Besuchs in der DVR und der LVR berichtete. Aber leider hörten wir weder von der Vermittlerin noch von der ukrainischen Seite Informationen über Daten, in deren Rahmen Kiew endlich seine Verpflichtungen zur Freistellung der zuvor den Republiken übergebenen Personen von strafrechtlicher Verfolgung umsetzt, obwohl praktisch zwei Jahre vergangen sind, seit diese Verpflichtungen bestätigt und von der ukrainischen Regierung ratifiziert wurden.

Der Teil der Sitzung den **ökonomischen Fragen** bestand aus einem Bericht des Koordinators, Herrn Salber, der bestimmte punktuelle Konsense erwähnt, die im Rahmen der thematischen Gruppe erreicht wurden, sowie das Vorhandensein objektiver Hindernisse für die Wiederherstellung der sozialökonomischen Beziehungen.